

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6spaltige Nonpareilzeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Der Volksverrat der Unternehmer

Auf die deutschen Unternehmer paßt die bekannte Redensart, die mit einer kleinen Veränderung so lautet: „Die „Feindstaaten“ lieben wir nicht, ihre Hilfe im Kampfe gegen die Arbeiterschaft nehmen wir aber gern an.“ Die Unternehmer nehmen diese Hilfe nicht nur gern an, sie betteln sogar darum. Man erinnere sich der Vorgänge im Ruhrgebiet im Herbst 1923. Führende Unternehmer ersuchen den französisch-belgischen Militärentag um Unterstützung ihres Kampfes gegen den Achtstundentag. Sie betteln die „Feindstaaten“ um Erlaß einer Verordnung, die die Arbeiter zwingt, wieder zehn Stunden zu arbeiten. Das war selbst dem Franzosengeneral Degoutte zuviel; er wies die Unternehmer mit ihrem schamlosen Verlangen ab.

Das sei damals gewesen, wird man vielleicht einwenden, heute seien die Unternehmer einer solchen Schandtat nicht mehr fähig. Darauf ist zu sagen, daß das Vorgehen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände im Augenblick wohl in der Form von dem damaligen abweicht, sachlich aber besteht kein Unterschied.

Wie damals geht es auch heute den Unternehmen allein darum, daß die „Feindstaaten“ sie helfen, die Lasten des verlorenen Krieges und der Reparationen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Das Sachverständigen Gutachten lehnt eine solche Hilfe ab, und nicht nur das: es enthält Bestimmungen, die als Schutzbestimmungen für die deutsche Arbeiterschaft wirksam werden müssen, damit gleichzeitig auch gegen eine Überlastung des deutschen Volkes mit Reparationsverpflichtungen. Wenn alle Steuerkräfte Deutschlands bis an das Maß des Erträglichen angespannt sind, wenn eine Steigerung der deutschen Leistungen nur noch zu erreichen wäre durch eine Verschlechterung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft unter das internationale Durchschnittsniveau, so ist nach dem klaren Sinn des Sachverständigen Gutachtens die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände will diesen Schutz der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes nicht. Während das Sachverständigen Gutachten von Deutschland Leistungen nur in einem solchen Ausmaß fordert, die es aufbringen kann, ohne daß die Lebenshaltung seines Volkes unter die der alliierten Länder herabsinken müßte, will das deutsche Unternehmertum zahlen und zahlen, wenn die Arbeiterschaft auch in Elend versinkt und zugrunde geht. Das Sachverständigen Gutachten spricht an keiner Stelle davon, daß die deutsche Arbeiterschaft den Achtstundentag preisgeben und sich mit einem Hungerlohn zufriedengeben müsse, damit Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen könne. Deutschland soll nur soviel zahlen, als es bei Ausrechthaltung einer Lebenshaltung, wie sie in den alliierten Ländern üblich, zahlen kann. Das heißt also, die deutsche Arbeiterschaft braucht nicht länger zu arbeiten als die der anderen Länder und sie hat Anspruch auf einen Lohn, der ihr die gleiche Lebenshaltung gestattet, wie sie die Arbeiter anderer Länder führen.

Man sollte meinen, daß die deutschen Unternehmer sich dieser Tatsache freuen würden. Das Gegenteil trifft zu: Die Unternehmer hassen das den Arbeitern zugestandene Lebensrecht. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erklärt sich den „Feindstaaten“ bereit, die Arbeiter bis aufs Blut auszubeuten, damit das Sachverständigen Gutachten erfüllt werden könne. Sie ist erfüllungsmühtiger als die Sachverständigen, ein schlimmerer Feind des deutschen Volkes als die Erfüllung des Gutachtens heischenden „Feindstaaten“. Ohne daß diese verlangen, daß zum Zwecke der Erfüllung des Sachverständigen Gutachtens der Achtstundentag beseitigt werde, erklärt sich das deutsche Unternehmertum dazu bereit. Durch das immer und immer wieder Betonen, daß das Sachverständigen Gutachten nicht erfüllt werden könne, wenn in Deutschland der Achtstundentag bestehen bliebe, kann die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nichts anderes bezwecken, als das Eingreifen der „Feindstaaten“ in die deutschen Arbeitsverhältnisse. Wenn die Arbeiter und die Reichsregierung sich den Forderungen der Unternehmer fügen, dann ist es gut, fügen sie sich

nicht, dann sind der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die „Feindstaaten“ ein willkommenes Bundesgenosse. Und diese Gesellschaft von Volksverrätern wagt es, den freien Gewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß sie den „Feindstaaten“ in ihrem Kampfe gegen das deutsche Volk Vorspanndienste leisten.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände kennt nur ein Ziel: Die Knebelung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Darum ihre Forderungen auf Beseitigung des Achtstundentages, der Tarifverträge, der Sozialversicherung und des Mitwirkungsrechts der Gewerkschaften bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Das Unternehmertum will wieder nach Laune und Willkür über die Arbeiter herrschen. Es will frei sein in der Ausbeutung der Arbeiter, weder nationale noch internationale Beschränkungen erkennt es an. Und wenn alle Länder das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag ratifizieren, Deutschland darf es nach Meinung der Unternehmer nicht tun. Die deutsche Arbeiterschaft soll länger und billiger arbeiten als die aller anderen Länder. Das fordert nicht das Sachverständigen Gutachten, sondern das Unternehmertum will es so haben aus freien Stücken. Die Arbeitszeitverlängerung ist ihm ein Mittel zur Verflawung der Arbeiter, und die Niedrighaltung der Löhne ein Mittel zur mühseligen und schnellen Verreicherung. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mutet den deutschen Arbeitern Entbehrungen zu, die nicht einmal die „Feindstaaten“ von ihnen fordern. Das ist Volksverrat, wie er schamloser nicht gedacht werden kann.

Es ist eine widerliche Heuchelei, wenn die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Welt einzureden versucht, die Beseitigung des Achtstundentages und die Niedrighaltung der Arbeitslöhne seien notwendig, damit das deutsche Volk leben könne. Die Arbeiterschaft durchschaut das Spiel. Sie erkennt die Notwendigkeit der Produktionssteigerung und -verbilligung der Produktion und ist bereit, daran kräftig mitzuarbeiten. Um dieses Ziel zum Wohle der Volksgemeinschaft erreichen zu können, fordert die Arbeiterschaft die restlose Ausnutzung der technischen Fortschritte und organisatorische Verbesserungen der Wirtschaft. Die Unternehmer geben zu, daß auf diesem Wege eine Steigerung und Verbilligung der Produktion erreicht werden kann. Aber sie wollen diesen Weg erst in zweiter Linie gehen. In der Denkschrift über die Arbeitszeitfrage heißt es: „Mit aller Entschiedenheit muß es abgelehnt werden, die durch Arbeitszeitverlängerung und intensivere Arbeit offensichtlich mögliche Produktionssteigerung von der Beseitigung der beiden anderen Voraussetzungen abhängig zu machen.“ Also erst Verbilligung der Arbeitszeit, Einführung des Zehn- oder am liebsten Zwölfstundentages, wenn das geschehen ist, dann kann an den technischen und kaufmännischen Ausbau der Betriebe und an die Organisation der Wirtschaft gedacht werden.

Wenn die Unternehmer diese Forderung stellen, so wissen sie warum. Erreichen sie durch die Arbeitszeitverlängerung die gewünschte Rentabilität ihrer Betriebe, den erhofften finanziellen Gewinn (der Gewinn ist den Unternehmern die Hauptsache, nicht die Produktionssteigerung), dann ist eine Verbesserung der Betriebe und Wirtschaft völlig überflüssig. Weil die Unternehmer so rechnen, darum verlangen sie zunächst Verlängerung der Arbeitszeit. Gelingt ihnen ihr Plan, dann kann die Arbeiterschaft auf die Ausnutzung der technischen und organisatorischen Fortschritte im Einzelbetriebe und in der Gesamtwirtschaft lange warten. Die Unternehmer lehnen die Pflicht zur Verbesserung der Betriebe und Wirtschaft ab, dafür fordern sie das Recht zur schärfsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Das Unternehmertum geht aufs Ganze. Es verschmäht in seinem Kampfe kein Mittel, selbst den Volksverrat nicht, um die Arbeiterschaft niederzuringen. Aber noch ist sie nicht niedergeringt, sie nimmt den Kampf auf in der Gewißheit, den Sieg davonzutragen. Die Unternehmer glauben die Gewerkschaften so geschwächt, daß diese große Kämpfe nicht führen können. Sie werden sich täuschen. Ihre Forderungen haben den Feind der Arbeiterschaft, der glaubte, ohne Gewerkschaft leben zu können, die Augen geöffnet. Sinein in den Verband! ist die Parole.

Sie muß von Mund zu Mund gehen, jeder Kollege und jede Kollegin muß Werber sein. Keine Gelegenheit darf ungenützt bleiben, um die uns noch fernstehenden Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen, ob jung, ob alt, für den Verband zu gewinnen. Großes steht für die Arbeiterschaft auf dem Spiel. Wehe ihr, wenn das Unternehmertum seine Pläne verwirklichen kann. Das darf nicht sein, und es wird nicht sein, wenn wir einig und geschlossen zusammenstehen: Darum hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Reichsregierung und Erwerbslose.

Der Reichstag hat sich am Schlusse seiner Julitagung mit der Notlage der Erwerbslosen beschäftigt. Nach langem Hin und Her wurde beschlossen, die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge bei den Hauptunterstützungen um 20 bis 25 Prozent und bei den Familienzuschlägen um 50 Prozent zu erhöhen. Nach einem weiteren Beschluß sollen künftig die Unterstützungsätze für Männer und Frauen gleich hoch sein. Ferner sollen Jugendliche bereits vom 17. Lebensjahre an, anstatt wie bisher vom 18., Anrecht auf Unterstützung haben.

Diese Beschlüsse wurden am 25. Juli gefaßt. Die Reichsregierung zeigte aber keine Eile, sie durchzuführen. Als sie an ihre Pflicht erinnert wurde, teilte das Reichsarbeitsministerium am 8. August mit, daß über die Durchführung der Reichstagsbeschlüsse eine Verständigung mit den Ländern notwendig sei und diese sei noch nicht zustande gekommen. Nach dieser Mitteilung haben sich also einige Länder gegen die Reichstagsbeschlüsse aufgelehnt; welche Länder das sind, wird in der Regierungserklärung nicht gesagt, trotzdem sind diese „Länder der Ordnung“ hinlänglich bekannt. Notwendig ist nun noch eine Erklärung des Reichsarbeitsministers darüber, ob er sich der Forderung dieser Länder hat fügen müssen, oder ob er aus eigenem Antrieb die Reichstagsbeschlüsse mißachtet hat. Diese sind bis heute noch nicht durchgeführt, denn die unterm 9. August erlassene Anordnung über die Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge entspricht nicht den Reichstagsbeschlüssen. Der wesentlichste Teil dieser Anordnung lautet:

I. Die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge betragen vom 1. August 1924 an bis auf weiteres wochentäglich

in den Orten der Ortsklassen	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	Rentenpennige			
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	90	84	78	72
b) unter 21 Jahren	54	50	46	42
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	80	75	70	65
b) unter 21 Jahren	48	44	40	36
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	30	28	26	24
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	22	21	20	18
im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)				
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	100	98	96	94
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	90	84	78	72
b) unter 21 Jahren	55	51	47	43
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	35	33	31	29
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	25	23	21	19
im Wirtschaftsgebiet III (Westen)				
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	110	102	94	86
b) unter 21 Jahren	66	62	58	54
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	100	98	96	94
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	38	35	32	29
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	27	25	23	21

III. Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweisen, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben, gelten dieselben Höchstätze wie für Männer über 21 Jahre.

IV. Die Familienzuschläge (Nr. 13) dürfen insgesamt das Anderthalbfache der Hauptunterstützung (Nr. 1 I und 2), im Falle der Nr. III die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

V. Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Reinverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge, auch abgesehen vom Falle der Nr. III, die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

VI. Die selbständigen Unterhaltungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zufließt. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Nach den Reichstagsbeschlüssen sollten die seither geltenden Hauptunterstützungsätze um 20 bis 25 Prozent erhöht werden. Ein Vergleich der Sätze von früher und jetzt ergibt, daß in keinem einzigen Falle eine Erhöhung um 25 Prozent erfolgt ist. Einmal beträgt die Erhöhung 22 Prozent, meistens aber nur 19 Prozent. Auch bei der Familienzuschlägen beträgt die Erhöhung nicht durchweg 50 Prozent, in einem Falle sogar nur 36 Prozent. Also auch hier ist der Reichstagsbeschlusse nicht durchgeführt. Un-

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 34. Wochenbeitrag für die Woche vom 17. August bis 23. August fällig geworden...

Aus unserer Jugendarbeit.

Wie im ganzen Verbandsleben die Inflation verheerend gewirkt hat, so hatten wir auch bei unserer Jugendarbeit schwer unter den ungünstigen Verhältnissen zu leiden...

Die 117 Jugendabteilungen verteilten sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Ostpreußen 5, Stettin 8, Breslau 8, Brandenburg 10, Dresden 7, Leipzig 14, Erfurt 11, Magdeburg 8, Hamburg 13, Hannover 4, Düsseldorf 8, Frankfurt 8, Nürnberg 4, München 2, Stuttgart 9 Jugendabteilungen...

Es fanden statt: 317 Einzelpredigten mit 10465 Teilnehmern, 26 Unterrichtskurse mit 106 Vorträgen und 1592 Teilnehmern, 187 sonstige Versammlungen mit 6419 Teilnehmern...

Das Jugendsekretariat hat durch ständige Fühlungnahme mit den Gauvorständen, Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen versucht, die Jugendarbeit zu vertiefen und zu verbreitern...

Ganz besonders war es die Frage des Kostgeldes für Lehrlinge, die ständig Veranlassung von Beschwerden war...

Das durch die Reichsverfassung auch dem Lehrling gegebene Koalitionsrecht erfährt von Seiten der Lehrmeister wiederholt Angriffe...

Unser „Holzarbeiter-Jugendblatt“ erscheint in einer Auflage von 36000. Viele Zuschriften zeigen, daß ein besonderes Interesse für die Behandlung der fachtechnischen Fragen im Jugendblatt vorhanden ist...

Mit den anderen Gewerkschaften fand über das Jugendsekretariat des ADGB ein reger Gedankenaustausch über die verschiedenen Fragen statt...

Unsere Lohnbewegung.

Der Freistaat Sachsen wird in der Stuhlindustrie weiter gekämpft. Für das Maschmalde und Rabenau fanden Verhandlungen statt...

Für die Sägewerksindustrie in Niederhessen wurde ein Schiedspruch gefällt, der in den vier Ortsklassen Spitzenlöhne von 42, 40, 38 und 36 Pf. bringt.

In Rosel bei Breslau haben die Modeltschleier mit der Firma Casar Bollheim Differenzen. Der Unternehmer weigert sich, die für die Metallindustrie maßgebenden Löhne zu zahlen...

Aus der Holzindustrie.

Deutschlands Holzholzeinfuhr und -ausfuhr im ersten Halbjahr 1924.

Gegenwärtig, wo die deutsche Holzindustrie schwer niederkniet, hat unser Außenhandel mit Holz nicht die Bedeutung wie in Zeiten normaler Wirtschaftslage...

Für die deutsche Wirtschaft hatte die starke Holzholzeinfuhr die Folge, daß sie ständig unter Holzholzmangel, zeitweise unter einer fühlbaren Holznot zu leiden hatte...

Deutschlands Holzholzeinfuhr und -ausfuhr.

Table with 2 main sections: 'Einfuhr in 1000 Festmeter Rohholz' and 'Ausfuhr in 1000 Festmeter Rohholz'. Columns include Monatsdurchschnitt (1919, 1922, 1923) and In den Monaten 1924 (Jan., Febr., März, April, Mai, Juni). Rows list Rundholz (hart, weich), Grubenholz, Schnittholz, Beschl. Holz, Schwellen, and Bearbeitetes Holz.

In den ersten drei Spalten ist angegeben, wie hoch die Holzholzeinfuhr und -ausfuhr im Monatsdurchschnitt der Jahre 1919, 1922 und 1923 war...

Wie wenig die Behauptungen der Unternehmer, das Holzholzausfuhrgeschäft sei fast völlig zum Stillstand gekommen, zutreffen, zeigen die Ausfuhrziffern...

Pasch auf das kommunistische Lügenmaul.

Unsere Kommunisten sind sonderbare Kerle. Einmal verkünden sie im Brüllton revolutionärer Überzeugung, daß die Kommunisten in ihrem Kampfe gegen die Welt die Lüge als bewußtes Kampfmittel benutzen...

Was Herr Isatow schreibt, ist harmloses, dummes Zeug, auf das einzugehen sich nicht lohnt. Dem Isatowischen Artikel folgen acht weitere, die sich mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und der „Holzarbeiter-Zeitung“ beschäftigen...

Wir schrieben damals: „Wer bisher über das Endziel der kommunistischen Parteiarbeit in den Gewerkschaften noch im Zweifel war, den hat der Vorsitzende der Moskauer Internationale, Sinowjew, jetzt Klarheit verschafft.“...

Eine Preisaufgabe für Drechsler und ihr Erfolg.

Das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk (Sitz Karlsruhe in Baden) veröffentlichte vor einigen Wochen eine „Preisaufgabe zur Förderung des Abjages für Erzeugnisse des Drechslergewerbes“...

Drechflergewerbes allein von den Unternehmern ausgehen werde, so wird es heute wohl anderer Meinung sein.

Luter den Preissträgern ist also nicht ein einziger Drechflermeister. Das kann einmal darauf zurückzuführen sein, daß sich die Unternehmer des Drechflergewerbes an dem Wettbewerb nicht beteiligt haben, oder aber ihre eingesandten Arbeiten waren mangelhaft.

Wir freuen uns über das Ergebnis des Wettbewerbs, in es doch indirekt eine Anerkennung der gewerkschaftlichen Schilungs- und Erziehungsarbeit. Die Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe nicht ausschließlich in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder, sie sind auch unermüdet bestrebt, Wissen und Bildung unter die Arbeiterschaft zu bringen.

Aus der englischen Holzarbeiterbewegung.

In England weist die Holzarbeiterbewegung nicht die Einheitslichkeit auf wie in Deutschland. Die Holzarbeiter sind in mehrere Organisationen und Vereinen zerstückelt. Der Internationalen Union der Holzarbeiter sind zwei Organisationen angeschlossen, von denen der Holzarbeiter-Bund mit dem Sitz in Manchester die bedeutendste ist.

Von einem Teil der Mitglieder wird die Ansicht vertreten, daß durch die Anwendung der Streikwaffe mehr erreicht werden könnte als durch die von uns in den letzten Jahren eingeschlagene Lohnbewegungsstrategie. Diese Ansicht glaube ich, wird nicht von jenen vertreten, die sie immer wieder auszusprechen. Aber es ist interessant zu wissen, daß diese Ansicht auch von vielen Unternehmern in maßgebender Weise vertreten wird.

Persönlich habe ich das Gefühl, daß die Zeit gekommen ist, wo diejenigen, die diese Ansichten vertreten, ob es nun Unternehmer oder Arbeiter sind, die Gelegenheit erhalten sollten, zu beweisen, ob ihre Ansichten richtig oder falsch sind. Und wenn sich unsere Mitglieder durch Abstimmung für einen Streik erklären, so können sie Gelegenheit bekommen, ihre Kraft mit der Stärke der Unternehmerorganisation zu messen. Alles, was menschlich möglich ist, wird dann getan werden, um einen Erfolg zu erzielen, aber ich muß unsere Mitglieder darauf hinweisen, daß die Möglichkeit besteht, daß viele von ihnen schwer zurückzufallen werden, wenn ein Streik ausbricht. Die Einigkeit der verschiedenen Branchen und Bezirke wird in Mitteilenschaft gesetzt werden, und ich befürchte, daß wir der landestatarischen Regelung dann ein Leben nachrufen können.

würde Jahre dauern, die gegenwärtige Widerstandskraft unserer Organisation wieder aufzubauen.

Aus diesen Gründen hoffe ich aufrichtig, daß die Einigkeit bestehen bleibt, und daß wir unsere geschlossene Bewegung aufrecht erhalten, und wenn wir Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln, daß diese Regelung für das ganze Land vorgenommen wird, und Branchen- oder Bezirksverträge nicht abgeschlossen werden.

Dieser Faktor muß berücksichtigt werden, wenn man über den Wert des Apparates, den wir gegenwärtig besitzen, diskutiert und über das Mittel, gewesen ist, durch das wir viele schlechtbezahlte Bezirke zu einem Lohnsatz verhelfen haben, den sie unmöglich durch irgendein anderes Mittel erreicht hätten.

Wie die deutschen Gewerkschaften, hat auch die englische in letzter Zeit Mitglieder verloren. Über die Stärke des Verlustes liegen Zahlenangaben nicht vor. Gegenwärtig macht der englische Holzarbeiter-Bund eine große Agitation, um die ausgetretenen Mitglieder wiederzuholen und neue hinzuzugewinnen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Sachverständigenutachten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben zur Prüfung der Frage, welche Stellung die Gewerkschaften zum Sachverständigenutachten einzunehmen haben, eine Sonderkommission eingesetzt, die jetzt das Ergebnis ihrer Arbeit veröffentlicht. Wie zu erwarten war, ist die Sonderkommission zu der gleichen Überzeugung gekommen, die schon vor Wochen in diesen Spalten vertreten wurde: Das Sachverständigenutachten muß angenommen werden. Zutreffend stellt die Sonderkommission fest: „Was die Sachverständigen vorschlagen, das ist nicht unsere Lösung, und es sind nicht nur unsere Wünsche zur Wiederherstellung der Ordnung im Reich, die in der Ablehnung des Daves-Gutachtens liegen, sondern die den Reparationsleistungen entgegen zu können, sondern im günstigsten Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Über selbst wenn, was in diesem Falle kaum zu erhoffen wäre, nach einer Ablehnung der Druck auf das deutsche Volk nicht verschärft, die Sanktionen nicht vermehrt, die störenden Eingriffe in unsere Wirtschaft nicht erweitert würden, selbst dann wäre das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes schrecklicher als die denkbar ungünstigsten Auswirkungen des Daves-Gutachtens sein können.“

Die Sachverständigenutachten zunächst abgelehnt wissen wollten, eingesehen, daß dies nicht geschehen darf, sondern daß es angenommen werden muß. Eine Ausnahme machen die Kommunisten, die das Sachverständigenutachten noch wie vor „grundständig“ ablehnen, d. h. es deswegen ablehnen, weil es ihr Grundsatz ist, immer das Gegenteil von dem zu tun, was die Gewerkschaften machen. Auch wenn die Kommunisten fest davon überzeugt sind, daß die Gewerkschaften richtig handeln, behaupten sie das Gegenteil, um sich als „wahre Klassenkämpfer“ in empfehlende Erinnerung bringen zu können, die den „Verrätern“, „Schuftens“ und „Schurken“ die Wafte vom Gesicht reißen. Was gegen die Kommunisten zu sagen ist, wird in der Schrift der Sonderkommission wie folgt gesagt:

Die sogenannte Gewerkschaftsabteilung der KPD verlangt die Wiedergutmachung der durch den imperialistischen Krieg angerichteten Schäden auf Kosten der Weltbourgeoisie. Das Mittel zu diesem Ziel soll die kommunistische Revolution sein, die die Aufhebung des Versailler Raubvertrages erzwingen werde. Eine revolutionäre Arbeiterregierung werde gleichzeitig aber auch die nationalen Interessen Deutschlands gegen die imperialistischen Raubhorden zu verteidigen wissen! Wenn es aber nicht gelingt, bevor die deutsche revolutionäre Arbeiterschaft zur

Macht gelangt, den Versailler Raubfrieden durch den internationalen proletarischen Kampf aufzuheben, sind die revolutionären deutschen Arbeiter bereit, den Frieden mit den schwersten materiellen Opfern zu erkaufen, und zwar um frei zu gewinnen, um eine Atempause für den Aufbau der proletarischen Macht zu schaffen. ... Über die proletarische Macht in Deutschland würde sich dann die Atempause beim Imperialismus auf Kosten der Bourgeoisie erkaufen. Sie würde dem französischen Imperialismus die Reichsminister die sie bei der deutschen Bourgeoisie beschlagnahmte hätte, in den Rücken werfen. ... Sollte das internationale Kapital einem revolutionären Deutschland um keinen Preis den Frieden gönnen wollen, sollte der Entente-Imperialismus doch seinen Angriff auf die deutsche Arbeiterregierung nicht aufgeben wollen, dann würde das revolutionäre Deutschland und Ausland mit Hilfe der revolutionären Arbeiterklasse in den Ententeländern auch diese konterrevolutionären Angriffe zu besiegen imstande sein.

Also: „Sollte“, „würde“, „hätte“, „könnte“ und „möchte“, kommunistische Weltrevolution oder „Schutz der nationalen Interessen“, Verteilung der Beute, ohne sie zu besitzen — das ist die Wiedergutmachungspolitik, die die Kommunisten den Gewerkschaften anempfehlen.

Die Gewerkschaften beschäftigen sich nur deswegen mit der kommunistischen Stellungnahme zu den Sachverständigenutachten — wenn man ganze Bindgebirge von Phrasen überhaupt eine Stellungnahme nennen kann —, weil in ihr sich eine neue, ganz andere Gefahr verbirgt, als viele deutsche Arbeitnehmer heute noch meinen. Wenn z. B. von den kommunistischen Gewerkschaftsprengern behauptet wird, daß in Zukunft zehn Kommissare im Auftrage des internationalen Kapitals das gesamte Wirtschaftsleben, den Transport, die Staatsmonopole, das Finanz-, Steuer- und Geldwesen Deutschlands kontrollieren“, dann ist das Vorbereitung für die blutige Internationale der Reaktion! Schrieb doch Helfferich noch kurz vor seinem Tode in völlig der gleichen Art, daß das von den Experten vorgeschlagene System der Organisation der Überführung der deutschen Wirtschaft in die Hände der Entente bedeute!

Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften bekämpfen die Stellungnahme der Kommunisten zu den Sachverständigenutachten nicht, weil sie kommunistisch ist — denn das ist sie ja gar nicht —, sondern weil sie unter den Arbeitern, Angestellten und Beamten der reaktionären Propaganda die Wege bereitet, weil sie die ideologische Vorbereitung des Faschismus ist.

Die Gewerkschaften in der Schweiz.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund zählte 1914 89 000 Mitglieder, 1919 20 Verbände mit 223 588 Mitgliedern, Ende 1923 19 Verbände mit 151 418 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl ging also von 1919 bis 1923 um ungefähr 72 000 zurück. Mehrere Verbände sind infolge der Fusion verschwunden, so die Verbände der Bau-, Holz- und Steinarbeiter, Malet und Gipser sowie der Zimmerleute, die nun im Schweizerischen Bau- und Holzarbeiter-Bund vereinigt sind; ferner die Verbände der Bekleidungs- und Lederarbeiter, an deren Stelle der Bekleidungs- und Lederarbeiter-Bund getreten ist. Verschwunden ist aus der Statistik des Gewerkschaftsbundes auch der Verband der Seizer und Maschinisten, den seine gelben Mitglieder unter Mißbrauch unglücklicher Bestimmungen in seinem Statut und nach dem bezüglichen Urteil des Bundesgerichts im durchgeführten Prozeß zum Austritt zwingen, so daß er nun allein auf weiter Flur steht, womit seine Klassenbewußten Mitglieder sehr unzufrieden sind. Neu hinzugekommen sind die Verbände des Chor- und Ballettpersonals, der Postangestellten, des Stickerpersonal, der Telegraphenangestellten sowie der Telefon- und Telegraphenarbeiter. Zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund bereit war auch der Schweizerische Polizeiverband, der aber auf Verlangen der Bauarbeiter seine Selbständigkeit aufgeben sollte, was er ablehnte, und worauf er sich der Vereinigung schweizerischer Angestellter anschloß. Im Oktober 1922 kam der Graphische Bund zustande, mit dem Zweck gegenseitiger Hilfeleistung und Förderung. Diese lose Kartellorganisation ist leider empfindlich beeinträchtigt worden durch Unstimmigkeiten zwischen den Litho- und Typographen.

Literarisches.

Gewerkschaften und Sachverständigen-utachten. Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zum Sachverständigen-utachten vom 9. April 1923. Ergebnisse der zur Prüfung der Gutachten eingesetzten Sonderkommission. Zusammengefaßt im Auftrage der Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Feinig. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 30 Pf.

Stuhlbauser für bessere Möbel sofort ge... Ucht. H. Schwann... Tüchtige Sticker... Zwei Korbmaden... Mehrere Korbmaden... Korbmaden...

Rezepte u. Rohstoffe zur Herstellung erstklassiger Malierungen. Lacke usw. Gebüh für jede Vorschrift 1 Mark und Rückporto. Herrn Geier, Lackenwalde, Chemikalien-Großhandl.

Original-Englische Drecksler-Werkzeuge Englische Blüchauer-Werkzeuge Werkzeug - Neuheiten

Rose's Handwagen! Beste Stellmacher- u. Schmiedearbeit. Fortzugswagen, Bestandteil, aber nur für solche Fortzugswagen, über zu Diensten, wenn ausdrücklich nachgefragt wird, daß Fortzugsmittel, falls ich am Wohnort des Interessierten einen Wiederverkäufer habe, so erfolgt Bestellung aus diesen. HERT ROSE, Leth. Druck 25.

Kollegen! Hobelbänke! Helfen wir konkurrenzlos billig in jeder gewünschten Ausführung. Normal-Bank, 2 Meter Blattlänge, Stahlspindel, komplett 80 Mark. Bauhölzer-Betriebs-Verband Schlesien, GmbH, Abt. Fabrik für Holzverarbeitung, Liegnitz, Schloßstraße 15.

Polierwalle... Zeitungsstaschen... aus gutem, wasserfestem Geknetstoff (25 x 10 Zentimeter). Solange der Vorrat reicht Stück 2,50 Mk. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Bundes G. m. b. H., Berlin E. O. 16, Am Köllischen Park 2. Postfach: Berlin 23307.

Stuhlflechtröhre! Beste, ergiebigste Qualität. Halbfl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4,00 3,80 Bei 9 Pfund portofrei. Liefer sofort Waltherr, Dresden-N., Rochfelderstr. 53.

Geim- u. Furnieröfen fertig als Spezialität (Krosp. gratis) Gebr. Bettlinger, Freiburg i. B.

Wir liefern: Maßstäbe Nr. 106 ohne Feder, 1 Meter lang x Stck. 0,30, Dtzd. 3,— Nr. 407 mit Feder, 1 Meter lang x Stck. 0,45, Dtzd. 4,50 Nr. 420 mit Feder, 2 Meter lang x Stck. 0,90, Dtzd. 9,— Maßstäbe Nr. 407 u. 420 sind auch mit Ringein. Zoll lieferbar Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllischen Park 2

Hochglanzpolitur 945 farblos in der ganzen Welt gepriesen. Die ideale Politur für das Tropenklima. Verlangen Sie Muster gratis. Chemisch-techn. Spezialerzeugnisse für die Edelhölzindustrie. ALFRED ZEUNERT, Berlin-Neukölln, Thiemannstraße 25